

Dezernat A  
Personalabteilung

Hauptamt

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	Ö / N
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	05.12.2018	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	06.12.2018	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2018	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	18.12.2018	Ö

Personalausgaben und Stellenplan 2019

## Beschlussvorschlag

- 1. Dem Stellenplan 2019 und den voraussichtlichen Personalkosten wird zugestimmt.  
Die Stellenübersichten (Teile A bis D) werden Bestandteil des Haushaltsplanes 2019.**
2. Die Strukturdaten des Personalbestandes Stand 31.08.2018 werden zur Kenntnis genommen.
3. Den dargestellten Maßnahmen zur Sicherung des qualifizierten Personalbestandes wird zugestimmt.

### Finanzielle Auswirkungen:

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
Querbudget Personal	2019	40.337.541,50	40.337.541,50	

Die Drucksache gibt einen Überblick über

- die voraussichtlichen Personalausgaben 2019
- die Zahl der erforderlichen Stellen im Haushaltsjahr 2019
- Strukturdaten des Personalbestandes
- Maßnahmen zur Sicherung des Personalbedarfs

Die vorliegende Drucksache ergänzt Drucksache 2018/200 und enthält Veränderungen der Verwaltung, die sich seit der Einbringung durch weiteren Bedarf im Bereich der Kinderbetreuung ergaben. Ferner wurden die Anträge aus dem Gemeinderat aufgenommen.

Die nachfolgende tabellarische Zusammenstellung enthält alle für 2019 vorgesehenen Stellen.

Antragsnummer	Kontierung	HH-Jahr	Änderungsbetrag	Vorgeschlagene Änderung	Stellungnahme
Antrag Verwaltung	11250000	2019	Bereits enthalten in Planung 3 x 59.000 €		Tiefbauarbeiten  2 Vollzeit 1 Vollzeit  Die Begründung Tiefbauarbeiten
Antrag Verwaltung	11300000 Presse und Öffentlichkeitsarbeit 11200010 Informations- und Kommunikationstechnik 40000000 Personalaufwendungen		Bereits enthalten in Planung 38.500 €		50 % Stelle  Der Auftrag für Twitter und Facebook werden. Hierfür geschaffene Stellen übernehmend Pressesprecher
Grüne 01	11300000 Presse und Öffentlichkeitsarbeit 11200010 Informations- und Kommunikationstechnik 40000000 Personalaufwendungen	2019		Statt der für den Teilhaushalt 01 vorgesehenen 50%-Personalstelle für die Sachbearbeitung in der Pressestelle wird eine 100%-Stelle für den Bereich IuK mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung der Schulen“ geschaffen.	Die 100% Stelle zurückgefordert Infrastruktur
S:ALZ 01	11200010 Informations- und Kommunikationstechnik 40000000 Personalaufwendungen			Digitalisierung an Schulen: Schaffung von zwei weiteren befristeten Stellen.	Statt der 50% Stelle Betrag für
SPD 09	11300000 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 40000000 Personalaufwendungen	2019		Sperrvermerk Stelle Pressestelle Sachbearbeitung (50 %)	Momentan keine Öffentlichkeitsarbeit u.a. dafür Stadtverwaltung zuständig Verwaltung unterstützt recherche übernehmen redaktion Verlust in einheitlich.
CDU 32	Produktgruppe 1114 Zentrale Funktionen  Stellenplan	2019	Zuschuss Land zu Kosten	Einstellung Gleichstellungsbeauftragte, da Pflichtaufgabe für Städte mit über 50.000 Einwohnern, Stelle mit Sperrvermerk.	Derzeit sind Förderungen Stelle erst und der S Vom Land Vollzeit e veransch dass die
NEU Veränderung Verwaltung	Stellenplan A 12 -> A 13 hD		+8.000 €		Änderung Vorbehalt vorhanden ausgewie

Antragsnummer	Kontierung	HH-Jahr	Änderungsbetrag	Vorgeschlagene Änderung	Stellungnahme
CDU 09		2019		Einrichtung eines „Amts für Digitalisierung“ prüfen. Bericht anhand des Beispiels der Stadt Sindelfingen.	Wird geprüft
S:ALZ 08		2019		Mitarbeiterschulung bei direktem Bürgerkontakt.	Mitarbeiter zum Thema Telefon, ...  Wenn ein ... dem Bürger ... werden für ... Forderungen ... House-Service ... Im September ... eines in...
CDU 08		2019		Überprüfung des Soll-/Istzustands des Personals im Baubereich. Entwicklung von Vorschlägen zur Besetzung der Stellen.	Im Bauverwaltungsamt ... Stadtplanung ... erfolgt. In ... Personallage ... mögliche ... Das Ergebnis ... wenigen ... erhält der ... Aktuell wird ... digitale A ... stehen in ... Verfügungen ... INPRO la ... Durch ein ... anderem ... Krankheit ... arbeiten o ... Ausnahme ... Veränderung ... Diese Maßnahmen ... für die Umsetzung ... werden.
Antrag Verwaltung	52100000		Bereits enthalten in Planung 38.500 €		Bauamt Erhöhung Vorbehalt zeichnet weitere A Kontrolle Außenbereich Aufteilung Brandver Abnahme
SPD 12	52100000 Bauverwaltung/- Bauordnung 40000000 Personalaufwendungen	2019	--	Sperrvermerk Stelle Bauamt Baukontrolleur (Erhöhung um 50 %)	Die Stelle erforderlich Ein derzeitige Leistung kann unter ... werden. I

Antragsnummer	Kontierung	HH-Jahr	Änderungsbetrag	Vorgeschlagene Änderung	Stellungnahme
Antrag Verwaltung	12200000 Ordnungswesen 40000000 Personalaufwendungen		Bereits enthalten in Planung 30.500 €		Ordnungswesen 50 % Stelle Zur Bearbeitung sowie Durchführung Erhöhung der Insbesondere zu untersuchen Vorfällen Öffentlichkeits- sachgerechte Seit Jahren regelmäßig Leonberg 2012) alle allgemein noch anläßlich Die Aufgaben Waffengebiet Verbindungen (NWR) werden die nicht zu bearbeiten
SPD 10	12200000 Ordnungswesen 40000000 Personalaufwendungen	2019	--	Sperrvermerk Stelle Ordnungsamt Waffenrecht (50 %)	Die beantragte ohne Sperrvermerk sicherheitsmäßig zur Verfügung Dringlichkeit Darüber hinaus eingeschlossen - Durchsetzung - Klärung Bankschließung - Umstellung Ausdruck - Aufbau Antragsbearbeitung Überdies aufwändig Waffenbereich Reichsbüro

Antragsnummer	Kontierung	HH-Jahr	Änderungsbetrag	Vorgeschlagene Änderung	Stellungnahme
Antrag Verwaltung			Bereits enthalten in Planung 25.000 €		Ordnungs- Die Anschaffung Erhöhung Erfassen Personal im Einzel Abgleich Nutzungs Beschwe Weiterleit auch Pub Kostener Führen v Seit 2017 Aufgaben derzeit zu starken A gegenübe Anlage 1. Personer Einzelper Die Fluktu nicht abg Da aufgru dauerhaft viele Jahr
CDU 33	12210000 Verkehrswesen 40000000 Personalaufwendungen  + Stellenplan 1 Stelle EG 9a	2019	+60.000 € +40.000 €	Schaffung einer weiteren Stelle für den Vollzugsdienst für den Außenbereich und den Einsatz am Wochenende und abends.	Das Ordn könnte au Wochene Derzeit la Optimieru Dienstlein die Ziele umsetzen zeitlich fle Hierzu lä des Pers Für eine/ Kfz (Haupt & Handy zu berück Der Einsa Wochene besteht d zweite Pe und somi Mitarbeite probeweis Statt 60.0 veransch Lösung n
Antrag Verwaltung		2019	Bereits enthalten in Planung 28.000 €		KESS - A Verlänger befristet. Durch die als Folge Unterstüt Archivpro abgeschl ist und ei

Antragsnummer	Kontierung	HH-Jahr	Änderungsbetrag	Vorgeschlagene Änderung	Stellungnahme
Antrag Verwaltung	28100001 Städtepartnerschaften		Bereits enthalten in Planung 38.000 Euro		KESS - S  Erhöhung Der/die S Partnerst unterstütz und Besu der/die S städtische Eine Aufs zusätzlich städtische den i-Pur die sich v werden u sicherges
CDU 34	28100001 Städtepartnerschaften 40000000 Personalaufwendungen  Stellenplan -0,5 Stelle EG 9a	2019 ff	-38.000	Interne Umschichtung von Stellen im Bereich Städtepartnerschaften / Kulturveranstaltungen.	Die Aufst die Über um - die Aufg Kulturför - die Öffn - Urlaubs sicherzus Kann die zeitweise übernom in die Par städtepar Besuche Gärtnera
SPD 11	28100001 Städtepartnerschaften 40000000 Personalaufwendungen	2019	--	Sperrvermerk Stelle KESS Städtepartnerschaften und Kulturveranstaltungen (50 %)	Die Stelle die zu ein (organisa Galerieve muss als Monate fü können, E Hierzu m
Antrag Verwaltung			kostenneutral		JFS sozia 50 % Ste Kosten w Diese Ste geschaffe Das Land gestellt. S weitere z
Antrag Verwaltung			Bereits enthalten in Planung 3 x 50.000 €		Schaffung Schulkind  Durch ste Einrichtun Betreun
Antrag Verwaltung			Bereits enthalten in Planung 2 x 50.000 €		Schaffung der Kinde Durch die steigende hoher Ve

Antragsnummer	Kontierung	HH-Jahr	Änderungsbetrag	Vorgeschlagene Änderung	Stellungnahme
Antrag Verwaltung			Bereits enthalten in Planung 4 x 10.000 €		Schaffung (FSJ) Es besteht und in weiteren FSJ-Stellen
NEU Antrag Verwaltung	36500212 Stellenplan + 2,5 Stellen S 08a		Stelle pro Jahr ca. 55.000 €  Ab 2020 insg. + 137.500 €  2019 insg. + 112.500 €		Kinderhaus  Zur Einrichtung Kunterbunt
NEU Antrag Verwaltung	36500012 Stellenplan + 2 Stellen S 08a		Stelle pro Jahr ca. 55.000 €  Ab 2020 jährlich insg. + 110.000 €  2019 insg. 90.000 €		Interimskirche  Es wird an Eltingen
NEU Antrag Verwaltung	36500013 Stellenplan + 8,5 Stellen S 08a		Stelle pro Jahr ca. 55.000 €  Ab 2020 + 467.500 €  2019 Insg. +310.000 €		Interimskirche  Um den Bereich Leo-Livingstone weitere Interimskirche erstellt (2) Diese neue  Um die Einrichtung der Stelle
NEU Antrag Verwaltung	36500212 Stellenplan Teil D + PIA Kinderhaus Kunterbunt		Stelle pro Jahr ca. 20.000 € Ab 2020 ff  2019 ab 1.09. 6.600 €		Kinderhaus  Zusätzlich erforderlich
NEU Antrag Verwaltung	365000012 Stellenplan Teil D + PIA Interimskita Eltingen		Stelle pro Jahr ca. 20.000 € ab 2020 ff  2019 ab 1.09. 6.600 €		Interimskirche  Zusätzlich erforderlich

Antragsnummer	Kontierung	HH-Jahr	Änderungsbetrag	Vorgeschlagene Änderung	Stellungnahme
NEU Antrag Verwaltung	11210000 Stellenplan + 0,3 Stelle EG 9b		+ 18.000 €		Hauptamt  Durch die bei der P nun auch Personals einen „Fl 250 Beso bearbeite mehr leis zu erhöhe Im Bereic erforderlic zu lassen Aushilfen Kinderber hohen An Reagiere Eine Aufg möglich, der Belas Aufwand kompens
FW 28	ALLE 40000000 Personalaufwendungen	2020 2021 2022	Betrag	Überprüfung der Personalkosten in der mittelfristigen Finanzplanung. Die Kostensteigerung hat von 2017-2019 15% betragen und ist für den Zeitraum 2020-2022 mit 6 %eingeplant. Es wird bereits vor dem Hintergrund weiterer Kindertageseinrichtungen mehr Personal benötigt.	Eine Korre erforderlic Interimsk Straße.. Die zusätz Änderung auf die m
NEU Antrag Verwaltung	11241000 Stellenplan + 1 Stelle EG 11		+65.000 €		Zusätzlich  100 % te Zusätzlich Diestelfel zu, die in vorhande zumal ein sein wird. Die Aufg hinsichtlich bürokratis Nachbetr Zuständig erforderlic
Antrag Verwaltung	51100000		Bereits enthalten in Planung 35.000 €		Planungs Schaffung Diese Ste intensiv F werden. U Anträge g erstellt un Weitere A städtebau Förderpro

Antragsnummer	Kontierung	HH-Jahr	Änderungsbetrag	Vorgeschlagene Änderung	Stellungnahme
CDU 35	51100000 Stadtplanung 40000000 Personalaufwendungen 57300000 Wirtschaftsförderung 40000000 Personalaufwendungen	2019	-35.000	Bearbeitung der Förderanträge bei der Wirtschaftsförderung ansiedeln, da die Aufgabe Breitband entfällt und ein Citymanager zur Entlastung eingestellt wurde.	Ziel ist die... mitteln im... Städte, S... Antragste... Koordinat... Erstellung... Weiterer... Überwach... Bearbeitu... etc. Die darge... städtebau... Auch die... niedriger
Antrag Verwaltung	5380002		Bereits enthalten in Planung: Meister 79.000 € Techniker 0,5 36.000 € Labor 0,5 23.500 € AFK 62.300 €		Tiefbauam... Schaffung... Abwasse... 1 Meister... Abwasse... Es wird e... der Organ... der Beda... In der Pe... den weite... Abwasse... Es ist der... möglich 4
SPD 13	5380002 Kanal/Sonderbauweisen 40000000 Personalaufwendungen	2019	--	Sperrvermerk sieben Stellen Tiefbauamt, Stadtentwässerung (5 x 100 %, 2 x 50 %).	Vgl. Vorla... Der Perso... Organisa... durch PW

# Stellenplan 2019

## Übersicht Teile A bis D

Teil A : Beamte

Teil B : Beschäftigte

Teil C: Aufteilung der Stellen nach Gliederung des Haushaltsplanes

Teil D : Beschäftigte in der Probe- und Ausbildungszeit

Anlage: Aufwandentschädigungen

## Teil A: Beamte 2019

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2019			
			Mit Zulage	Sonderschlüssel	Leerstellen
<b>Wahlbeamte</b>					
Bürgermeister und Ortsvorsteher	B7	1,00	0,00	0,00	
	B5	1,00	0,00	0,00	
	B4	1,00	0,00	0,00	
	A13 H	0,50			
	A12	0,60	0,00	0,00	
<b>hoherer Dienst</b>					
	A15	2,00	0,00	0,00	
	A14	4,00	0,00	0,00	
	A13/H	1,50	0,00	0,00	
<b>gehobener Dienst</b>					
	A13/G	6,25	0,00	0,00	
	A12	13,10	0,00	0,00	
	A11	27,50	0,00	0,00	
	A10	7,00	0,00	0,00	
<b>mittlerer Dienst</b>					
	A9/M	8,50	0,00	0,00	
	A8	12,00	0,00	0,00	
	A6	1,00	0,00	0,00	
<b>Insgesamt</b>		<b>86,95</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	



## Teil C: - nachrichtlich - Aufteilung der Stellen nach der Gliederung des Haushaltsplans

I. Beamte														
Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung														
Teilhaushalt	Bezeichnung	Wahlbeamte				hoeherer Dienst			gehobener Dienst			mittlerer		
		B7	B5	B4	A12	A15	A14	A13/H	A13/G	A12	A11	A10	A9/M	
THH-01	Innere Verwaltung	1,00	1,00	1,00	1,10	0,95	0,80	0,50	4,00	8,70	14,60	4,70	0,50	1,
THH-02	Sicherheit und Ordnung						1,20		0,95	0,10	5,50	1,30	6,50	9,
THH-03	Schulträgeraufgaben											0,23		
THH-04	Kultur, Sport und Bäder										1,90			
THH-05	Soziales						1,00		0,30	0,90		0,77		1,
THH-06	Planen, Bauen, Natur und Umwelt					1,05	1,00	1,50	1,00	2,90	5,50		1,50	
THH-07	Wirtschaft und Tourismus													
<b>Gesamtsumme</b>		<b>1,00</b>	<b>1,00</b>	<b>1,00</b>	<b>1,10</b>	<b>2,00</b>	<b>4,00</b>	<b>2,00</b>	<b>6,25</b>	<b>12,60</b>	<b>27,50</b>	<b>7,00</b>	<b>8,50</b>	<b>12,</b>

III. Beschäftigte														
Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung														
Teilhaushalt	Bezeichnung	TVÖD							VKA					
		E14	E13	E12	E11	E10	E09C	E09B	E09A	E08	E07	E06	E05-E	
THH-01	Innere Verwaltung	1,12			13,50	9,80		4,25	10,00	13,65	8,00	45,35	2,	
THH-02	Sicherheit und Ordnung					1,25	2,10	3,15	8,50	2,50	1,55	7,68		
THH-03	Schulträgeraufgaben			1,00		1,20						8,25		
THH-04	Kultur, Sport und Bäder	2,00		1,00	3,85	4,45	1,00	22,20	4,00		2,25	12,00		
THH-05	Soziales			1,00	1,00	0,30		1,00	1,67	0,75		1,85		
THH-06	Planen, Bauen, Natur und Umwelt	0,88	4,00	2,00	13,75	3,00		5,50	5,00	3,50		16,00		
THH-07	Wirtschaft und Tourismus	1,00			1,00	0,80			1,00					
<b>Gesamtsumme</b>		<b>5,00</b>	<b>4,00</b>	<b>5,00</b>	<b>33,10</b>	<b>20,80</b>	<b>3,10</b>	<b>36,10</b>	<b>30,17</b>	<b>20,40</b>	<b>11,80</b>	<b>91,13</b>	<b>2,</b>	

### zu III. Beschäftigte - BT-V Soz.&Erz.Dienst

Teilhaushalt	Bezeichnung	TVöD - SuE											
		S18	S17	S16	S15	S13	S12	S11A	S09	S08B	S08A	S04	Summe
THH-01	Innere Verwaltung												0,00
THH-02	Sicherheit und Ordnung												0,00
THH-03	Schulträgeraufgaben										19,00	9,40	28,40
THH-04	Kultur, Sport und Bäder												0,00
THH-05	Soziales	1,00	9,00	4,80	1,75	4,00	2,30	0,50	3,80	2,30	152,00	5,00	186,45
THH-06	Planen, Bauen, Natur und Umwelt												0,00
THH-07	Wirtschaft und Tourismus												0,00
Thh-01	Innere Verwaltung												0,00
<b>Gesamtsumme</b>		<b>1,00</b>	<b>9,00</b>	<b>4,80</b>	<b>1,75</b>	<b>4,00</b>	<b>2,30</b>	<b>0,50</b>	<b>3,80</b>	<b>2,30</b>	<b>158,00</b>	<b>14,40</b>	<b>201,85</b>

**Teil D: - nachrichtlich - Ehrenbeamte, Beschäftigte in der Probe- oder Ausbildungszeit**

Bereich	Vergütung	Anzahl 20
Anerkennungspraktik./Anerkennungspraktikantinnen	Prakt.Soz/Erz BT-V	1
Anpassungslehrgang	S04	
Auszubildende	Azubi TVAöD	2
Freiwilliges Soziales Jahr	Festgehälter	3
Inspektoranwärter/Inspektoranwärterinnen	Anwärterbezüge - Erstattung Land	
Praktikanten/Praktikantinnen	Festgehälter	
Praxisintegrierte Erzieherausbilder	Azubi TVöD-Pflege	3
Sozialpädagogen DH (Duale Hochschule)	Azubi TVAöD	
<b>Summe</b>		<b>12</b>

## Anlage der Aufwandsentschädigungen für Haushaltsjahr 2018

Planstelle		Besoldungsgruppe	Aufwandsentschädigung
1-O-A-01	1-O-A-01 Oberbürgermeister	B7	Dienstaufwandsentschädigung - D
1-O-B-01	1-O-B-01 Beigeordnete/r	B5	Dienstaufwandsentschädigung - D
1-O-C-01	1-O-C-01 Beigeordnete/r	B4	Dienstaufwandsentschädigung - D
1-O-A1	1-O-A1 Ortsvorsteher/in Gebersheim	A12	pauschale Aufwandsentschädigung
1-O-A2	1-O-A2 Ortsvorsteher/in Höfingen	A12	pauschale Aufwandsentschädigung
1-O-A3	1-O-A3 Ortsvorsteher/in Warmbronn	A12	pauschale Aufwandsentschädigung

## Beschlussblatt

(Beratungsverlauf der Vorlage 2018/200-001 mit Realisierungsvermerk und Beschlussinformationen)

### Beschlüsse:

**05.12.2018**  
**SI/2018/145**

**Sozial- und Kultusausschuss**  
**Sitzung des Sozial- und Kultusausschusses**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt mit Top 11, Vorlage 2018/200, auf.

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen zum Stellenplan im Ganzen.

Herr Werbke bittet hier um eine Erläuterung zum Teilhaushalt 5 KESS Städtepartnerschaften und Kulturveranstaltungen.

Frau Heyder erläutert den Sachverhalt wie in der Vorlage und der Stellungnahme der Verwaltung schon geschehen. Sie begründet die Aufstockung der Stelle mit dem Kulturbereich, der keine Stellvertretung habe. Auch in Bereich der Kulturveranstaltungen brauche man eine zweite Person, die Veranstaltungen betreut und im i-Punkt unterstützt. Für die anstehende Ausschreibung der Stelle müsse man den Stellenanteil kennen.

Herr W. Röckle sieht, dass im KESS Personalbedarf bestehe. Im Hinblick, dass die Stadthalle wieder städtische würde, könne man hier Personal mäßig was tun. Künstler und Besucher seien teilweise nicht zufrieden. Bei der Stadthalle müsse dringend was getan werden.

Herr Albrecht stellt fest, dass die Situation der Stadthalle mit der angesprochenen Stelle nichts zu tun hätte. Im i-Punkt sei nichts los. Mit einer Glocke könnten Besucher des i-Punktes sich melden und ein Mitarbeiter käme dann.

**CDU 34, 28100001 Städtepartnerschaften 4000000 Personalaufwendungen**  
**Stellenplan -0,5 Stelle EG 9a -38.000 Interne Umschichtung von Stellen im Bereich Städtepartnerschaften / Kulturveranstaltungen.**

Der Antragsteller, Herr W. Röckle, zieht den Antrag zurück.

Herr Jeutter, dachte es würde nur der Bereich Städtepartnerschaft aufgestockt.

**SPD 11, 28100001 Städtepartnerschaften 4000000 Personalaufwendungen - Sperrvermerk Stelle KESS Städtepartnerschaften und Kulturveranstaltungen (50 %)**

Der Vorsitzende stellt den Antrag der SPD 11 zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Sozial- und Kultusausschusses **l e h n e n mehrheitlich mit 2 Ja-Stimmen und 8 Nein- Stimmen** den Antrag der SPD 11 **ab**.

Der Vorsitzende ruft den Stellenplan nochmals auf.

Herr Werbke sieht den Beschlussvorschlag für das Gremium schwierig. Über Punkt 3. können nur Kenntnis genommen werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, wie beim Haushaltsplan nur über die Fraktionsanträge den Sozial- und Kultusausschuss betreffend zu beschließen. Ansonsten soll keine Beschlussempfehlung dem Gemeinderat gegeben werden.

Nach einer kurzen Debatte stellt er die Kenntnisnahme durch die Mitglieder des Sozial- und Kultusausschusses fest.

Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung an den Gemeinderat verwiesen.

**06.12.2018  
SI/2018/146**

**Planungsausschuss  
Sitzung des Planungsausschusses**

Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Kaufmann, ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Das Gremium verzichtet auf den Sachvortrag.

Herr Langer wünscht die Positionen einzeln aufzurufen.

Herr Höfer ruft die Zeilen einzeln auf.

**Antrag Verwaltung, 11250000 2019 Bereits enthalten in Planung 3 x 59.000 €Tiefbauamt – Baubetriebshof - 2 Vollzeitstellen im Bereich Landschaftspflege 1 Vollzeitstelle im Bereich Gewässerpflege - Die Begründung erfolgt durch eine spezielle Drucksache des Tiefbauamtes.**

Der Vorsitzende begründet die Stellen.

Herr Langer kann nicht abschätzen, was selbst gemacht werde, denn vieles sei günstiger fremd vergeben. Gegebenenfalls beantrage er einen Sperrvermerk.

Herr Höfer liest vor, dass zu den Stellen noch eine Vorlage kommen werde.

Frau Suckut wendet ein, dass vorab gesagt wurde, dass heute nicht abgestimmt wird.

Herr EBM Dr. Vonderheid präzisiert, dass über die einzelnen Stellen, die den Planungsausschuss betreffend abgestimmt werde, aber nicht in toto.

Der Vorsitzende sieht hier einen Sperrvermerk vorzunehmen, bis die entsprechende Vorlage beschlossen ist.

Herr Schaal klärt, dass die Stellen insgesamt einen Mehraufwand von einer Mio. Euro betragen. Er stellt in Frage, ob dies Mio. Euro gerechtfertigt sei.

Herr Höfer bestätigt den Betrag von einer Mio. Euro. Der Rat habe die Entscheidung zu

treffen, ob es ihm dieser Preis wert ist und er den Bedarf sehe.

Der Vorsitzende ist der Ansicht, dass die Frage nur gemeinsam beantwortet werden könne.

Herr Schaal wünscht, die jährlichen Personalkosten genannt zu bekommen.

Herr Höfer nennt aktuell 40.926.000 Euro für 2018.

Der Vorsitzende schätzt hierzu den Vergleich mit anderen Städten.

Herr Höfer berichtet von einem Vergleich im vergangenen Jahr mit Sindelfingen und Böblingen. Herrenberg sei wegen der unterschiedlichen Größe im Vergleich ungeeignet. Leonberg und die beiden Städte lägen in etwa gleich auf. Sindelfingen sei größer und finanziell besser ausgestattet wie Leonberg.

Frau Weiß erinnert an die erhaltene Aufstellung. Viele neue Aufgaben seien auf die Stadt zugekommen. Wenn man die Aufstellung lese, verstehe man den Stellenplan.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Kinderbetreuungsbereich in den vergangenen Jahren den Rahmen gesprengt hätte. Möglicherweise bringe das „Gute Kita“-Gesetz Hilfe. Es seien 3 Prozent des laufenden Haushaltes. Er kann das Dilemma der Räte verstehen. Fraglich sei, ob die Stellen besetzt werden können.

Der Vorsitzende hält fest, dass die Stellen Landschafts- und Gewässerpflege und mit einem Sperrvermerk belegt werden.

**Vorab Frau Keim**

### **CDU 08, 2019 Überprüfung des Soll-/Istzustands des Personals im Baubereich. Entwicklung von Vorschlägen zur Besetzung der Stellen.**

Herr Höfer sagt, dass dabei auch die Stellen geprüft würden.

Herr Schaal fordert, dass hier bei der Bauverwaltung ganz schnell Abhilfe geschaffen werden muss. Stellenausschreibungen können von ihm aus, schon morgen geschaltet werden. In den nächsten 5 Jahren seien 1.300 Wohneinheiten geplant, die bearbeitet sein müssen.

Der Vorsitzende bittet um Entschuldigung, dass er die Organisationsuntersuchung in Auftrag gab, obwohl im Rat in der vergangenen Sitzungsrunde etwas anderes beschlossen wurde. Die Untersuchung wurde schon im Februar / März in Auftrag gegeben. Das Ergebnis solle abgewartet werden. Es müsse was passieren.

### **Antrag Verwaltung, 52100000 Bereits enthalten in Planung 38.500 €**

#### **SPD 12, 52100000 Bauverwaltung/Bauordnung 4000000 Personalaufwendungen - Sperrvermerk Stelle Bauamt Baukontrolleur (Erhöhung um 50 %)**

Der Vorsitzende fragt nach dem Beratungsbedarf.

Herr Langer fragt nach dem Krankenstand. Er fragt, ob die Stelle gebraucht werde.

Der Vorsitzende will nichtöffentlich über Krankenstände sprechen.

Der Vorsitzende stellt die Stelle Baukontrolleur (Erhöhung um 50%) zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Planungsausschusses **e m p f e h l e n einstimmig ohne Enthaltung** dem Gemeinderat Sperrvermerk Stelle Bauamt Baukontrolleur (Erhöhung um 50 %).

### **NEU Antrag Verwaltung, 11241000 Stellenplan + 1 Stelle EG 11 - +65.000 € Zusätzliche Stelle Gebäudemanagement**

Der Vorsitzende begründet die Stelle. Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, stellt er die Stelle zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Planungsausschusses **e m p f e h l e n einstimmig ohne Enthaltung** dem Gemeinderat eine zusätzliche Stelle im Gebäudemanagement.

**Antrag Verwaltung, 51100000 Bereits enthalten in Planung 35.000 €  
Planungsamt Schaffung einer 50% Verwaltungsstelle im gehobenen Dienst. Diese Stelle kann erhebliche Einnahmen erzielen in dem intensiv Fördergelder des Landes und des Bundes akquiriert werden. Um die vielfältigen Fördertöpfe auszuschöpfen, müssen Anträge gestellt, zur Abrechnung Verwendungsnachweise erstellt und Einnahmeneingänge überwacht werden. Weitere Aufgaben: Die Erfüllung von Auflagen bei städtebaulichen Verträgen überwachen, Bearbeitung des Förderprogramms Lärmschutzfenster**

**CDU 35, 51100000 Stadtplanung 40000000 Personalaufwendungen 57300000  
Wirtschaftsförderung 40000000 Personalaufwendungen -35.000 Bearbeitung der Förderanträge bei der Wirtschaftsförderung ansiedeln, da die Aufgabe Breitband entfällt und ein Citymanager zur Entlastung eingestellt wurde**

Der Vorsitzende begründet die Stelle. Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, stellt er die Stelle zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Planungsausschusses **e m p f e h l e n einstimmig ohne Enthaltung** dem Gemeinderat für das Planungsamt die Schaffung einer 50% Verwaltungsstelle im gehobenen Dienst.

**Vorab Herr Schmickl 2:48**

**Antrag Verwaltung, 5380002 Bereits enthalten in Planung: Meister 79.000 € Techniker 0,5 36.000 € Labor 0,5 23.500 € AFK 62.300 €  
Tiefbauamt – Abwasserbetrieb Schaffung von weiteren Stellen im Bereich der Abwasserbeseitigung 1 Meisterstelle , 50 % Technikerstelle, 50 % Laborkraft, 4 Abwasserfachkräfte Es wird eine Drucksache (2018/231) erstellt, die das Ergebnis der Organisationsuntersuchung in diesem Bereich darstellt und der Bedarf vom Fachamt begründet. In der Personalkostenhochrechnung sind lediglich Kosten für den weiteren Meister, die Laborkraft, den Techniker und eine Abwasserfachkraft eingerechnet. Es ist derzeit nach aller Erfahrung am Arbeitsmarkt nicht möglich 4 Fachkräfte zu gewinnen.**

**SPD 13, 5380002 Kanal/Sonderbauweisen 40000000 Personalaufwendungen -  
Sperrvermerk sieben Stellen Tiefbauamt, Stadtentwässerung (5 x 100 %, 2 x 50 %).**

Der Vorsitzende begründet die Stellen.

Herr Schaal ist es suspekt, dass auf einen Schlag so viele Stellen auf Grund eines Gutachten geschaffen werden sollen. Er lehne die Stellen ab. Herr Schmickl müsse explizit erklären und dann müsse darüber beraten werden. Ein oder zwei Stellen könnte er zustimmen.

Der Vorsitzende will die Stellen mit einem Sperrvermerk belegen. Der Sachverhalt solle vernünftig mit dem Hintergrund der Organisationsuntersuchung dargestellt werden.

Herr Schaal äußert, dass ihm das Gutachten den Eindruck eines Gefälligkeitsgutachtens mache, das geprüft werden müsse.

Der Vorsitzende nimmt den Gutachter in Schutz. Die Stellen sollen mit dem Einverständnis des Gremiums mit einem Sperrvermerk belegt werden.

**Neu 3 ab 0:08**

**4**

**Projekt "Naturerfahrungsraum Höfinger Täle" aus dem Nachlass  
der Eheleute Erwin und Marianne Beck - Baubeschluss,  
Beauftragung Ausführungsplanung und Ausschreibung  
2018/247**

Der Tagesordnungspunkt wird unter Top 4.1 behandelt.

**4.1 2018/247-1**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Kappich, Geitz & Partner GbR, hält den Sachvortrag. **0:19**

Herr Schaal fragt nach den Bewertungen der Anregungen und Bedenken der Anlieger durch das Wasserwirtschaftsamt. Die Anlieger haben Bedenken, dass über die ausgewiesenen Flächen hinaus, die Nutzung ihrer Flächen beeinträchtigt werde. Er stellt die Fragen nach Kontrollen z.B. bei Grillfesten, Schutz der Biotope, Toiletten, Müllentsorgung, der Laich- und Schonzeiten der Tiere.

Herr Kappich informiert, dass vom Gesundheitsamt gefordert wird im Bereich Tilghäusle bezüglich Hygiene ein Hinweis aufzustellen ist, der besagt, dass im Bereich des Regenüberlaufbeckens hygienische Probleme in der Glems geben könne. Es bestehen die üblichen Auflagen bezüglich Naturschutz. Im Bereich Hauerlöcher werde ein Bereich auf Wunsch des Eigentümers eingezäunt. Er gehe davon aus, dass die Natur nicht mehr belastet werde, denn schon heute werde insbesondere der Bereich Tilghäusle intensiv genutzt. Müll und ähnliches sind Brennpunkte der Unterhaltung, die nicht ausgeschlossen werden können.

Frau Sauer beschreibt, dass im Verfahren die Teilnehmer keine Toiletten oder auch Tische vorsahen, da der Naturerfahrungsraum weitestgehend belassen werden solle.

Herr Prof. Dr. Maurmaier spricht Probleme bei Hochwasser der Glems oder ihrer Nebengewässer, insbesondere am Tilghäusle, an.

Herr Kappich sieht es im Bereich Tilghäusle kritisch. Am TSV Bereich werde zwar eine Buhne in die Glems gebaut, aber da die Böschung abgeflacht werde, werde das Abflussprofil nicht verkleinert. Die Treppenstufen bei der Tilghäusle Mühle müssen so gestaltet werden, dass sie nicht unterspült werden. Der Tilghäusle Bach ist ein Gewässer 2. Ordnung, der naturnah gestaltet werden solle. Die Kommune habe die Gewässerunterhaltungspflicht. Mögliche Umlagerungen müssen entsprechend durch die Gewässerunterhaltung der Stadt gerichtet werden. Findlinge sollen den Platz vor Erosion schützen. Seines Wissens ist die Fläche im Bereich Tilghäuslesbach Überflutungsgebiet.

Herr Langer rät wenig Holz, das verwittert, bei den Sitzmöbeln zu verwenden und rät zu Edelstahl. Die Schilder sähen nicht stabil aussehen, Beschädigungen durch Vandalismus müsse vorgesorgt werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass die vorgesehenen Möbel noch ausgeschrieben werden und die Mitglieder des Planungsausschuss heute vom Beschluss des Ortschaftsrates Kenntnis nehmen.

Herrn W. Röckle gefallen die Fahrradständer aus Metall nicht. Holz sei besser. Die Sitzmöbel und auch Fahrradständer sollen in Leonberger Firmen gefertigt sein.

Frau Sauer hebt hervor, dass der Ortschaftsrat und sie auf die Beteiligung Leonberger Firmen Wert legen. Sie zählt die angefragten Leonberger Firmen auf.

Herr Kappich unterstreicht, dass in der Präsentationen nur zur Demonstration die Modelle der Firmen gezeigt werden.

Der Vorsitzende stellt die Kenntnisnahme durch die Mitglieder des Planungsausschusses fest.

12.12.2018  
SI/2018/149

**Finanz- und Verwaltungsausschuss**  
**Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Das Gremium verzichtet auf den Sachvortrag. 1:02

Frau Staubach dankt für die Übersendung der Personalkostenentwicklung. Die neuen Stellen würden pro Jahr eine Mio. Euro ausmachen. Dabei sei die Tarifsteigerung nicht einbezogen. Das ergäbe einen Anstieg der Personalausgaben von 2018 auf 2019 von 3,8 Mio. Euro. Sie stellt die Frage, wenn alle Ausgaben eingespeist seien, der Haushalt 2019 noch genehmigungsfähig sei.

Herr EBM Dr. Vonderheid beantwortet die Frage von Frau Staubach zur Haushaltsgenehmigung mit ja. Einen Kommentar kündigt er bei der Haushaltsberatung an.

Frau Staubach bittet, dass die Ergebnisse der Stellenplanberatung aus dem Sozial- und Kultusausschuss und dem Planungsausschuss genannt werden.

Herr Höfer unterrichtet vorab, dass für Personal Kitas Steigerungen in Höhe von 1,4 Mio. Euro eingeplant werden mussten. Es ginge um insgesamt 34 Stellen, davon sind 22 Stellen für Kitas. Er ruft die Stellen einzeln auf.

1:02

**Antrag Verwaltung, 11300000 Presse und Öffentlichkeitsarbeit 11200010 Informations- und Kommunikationstechnik 4000000 Personalaufwendungen, Bereits enthalten in Planung 38.500 €, 50 % Stelle Pressestelle - Öffentlichkeitsarbeit**

Herr Pfitzenmaier hat errechnet, dass die Personalkosten um 10 Prozent, über 3,7 Mio. Euro, gesteigert werden würden. Ohne Kitas wäre es über eine Million. Für die Stellen der Kläranlage habe man gesagt, dass der Gemeinderat Schuld sei, wenn was passiere. Die beschlossenen hohen Personalkosten würden in die Haushalte der kommenden Jahre eingehen. Die Vertretung könnte der persönliche Referent übernehmen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der persönliche Referent die Vertretung der Pressestelle, was nicht wenig sei, nicht mitmachen könne. Er sei Referent des Oberbürgermeisters und wäre für die Geschäftsstelle Gemeinderat zuständig. Im kommenden Jahr wolle er die Anträge aus dem Gemeinderat auflisten, um zu zeigen wie viele das sind. Wenn die Anträge und Anfragen des Rates nicht bearbeitet würden, werde es Unzufriedenheit im Rat geben.

Das Gremium klärt, dass bis 23 Uhr die Sitzung tagen werde. Das Prozedere, ob alle Stellen oder nur die den Finanz- und Verwaltungsausschuss betreffenden Stellen aufgerufen werden, wird geklärt. 1:09 zusammengefasst 1:33 Das entsprechende Protokoll der S- und PA Sitzungen hätte nach den Sitzungen den Räten zugegangen sein müssen.

Frau Widmaier nennt die von Herrn Höfer genannten Zahlen erschreckend. Frage, sei wo noch Stellen eingespart werden könnten.

Frau Staubach sieht, dass der Vertreter der Pressestelle, auch abends den Oberbürgermeister begleite und nachts Pressemitteilungen schreibe. Der Arbeitsumfang sei groß. Eine Vakanz sei schlecht.

Der Vorsitzende stellt den Sperrvermerk für die 50 % Stelle Pressestelle –

Öffentlichkeitsarbeit zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen mehrheitlich** mit **6 Ja-Stimmen** und **3 Nein-Stimmen** dem Gemeinderat den Sperrvermerk für die 50 % Stelle Pressestelle – Öffentlichkeitsarbeit.

**S:ALZ 01, 11200010 Informations- und Kommunikationstechnik 40000000  
Personalaufwendungen, Digitalisierung an Schulen: Schaffung von zwei weiteren befristeten Stellen**

Frau Widmaier regt an, dass die halbe Stelle Pressestelle in Unterstützung Digitalisierung an Schulen umgewandelt werde. In den Schulen fehle es teilweise nicht an Material sondern an der Unterstützung der Nutzer. Sie bezweifelt, dass dies über Dienstleister abgewickelt werden könne. Sie stellt den Antrag auf eine halbe Stelle.

Frau Staubach erinnert, dass es aktuell eine Person gäbe, die den Kontakt zu den Schulen halte. Aktuell sehe sie keinen Handlungsbedarf.

Frau Ahlborn schließt sich dem Antrag auf eine halbe Stelle an. Externe Dienstleister wären nicht zielführend.

Der Vorsitzende kündigt eine Organisationsuntersuchung der IuK an.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, für die Digitalisierung an Schulen die Schaffung von zwei weiteren befristeten Stellen, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **lehnen mehrheitlich** mit **4 Ja-Stimmen**, **6 Nein-Stimmen** und **einer Enthaltung** den Antrag, für die Digitalisierung an Schulen die Schaffung von zwei weiteren befristeten Stellen, **ab**.

**CDU 32, Produktgruppe 1114 Zentrale Funktionen Stellenplan, 2019 Zuschuss Land zu Kosten, Einstellung Gleichstellungsbeauftragte, da Pflichtaufgabe für Städte mit über 50.000 Einwohnern, Stelle mit Sperrvermerk.**

Der Vorsitzende geht davon aus, dass die Stelle 2019 nicht benötigt wird, das die Grenze mit 50.000 Einwohner nicht erreicht werde.

Frau Staubach begründet den Sperrvermerk auf die Stelle damit, dass wenn die Einwohnerzahl 2019 erreicht werde, die Stelle geschaffen wäre, um den gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können.

Herr Höfer vermisst den Haushaltsbetrag für die Stelle.

Frau Staubach begründet den Antrag.

Der Vorsitzende glaubt nicht, dass 2019 1.300 Bürger dazu gewonnen werden würden.

Herr Dr. Röckle hält es für kontraproduktiv, dass man sich über steigende laufende Kosten beschwere und gleichzeitig im vorausseilenden Gehorsam für eine Eventualität vorgesorgt werden soll. Er regt eine geschlechtsneutrale Bezeichnung.

Der Vorsitzende stimmt Herrn Dr. Röckle zu, aber er muss einräumen, dass eine Frau angestellt werden müsse.

Herr Dr. Röckle und der Vorsitzenden empfinden dies als diskriminierend.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, 2019 die Stelle Gleichstellungsbeauftragte zu schaffen mit Sperrvermerk zu belegen, bis die gesetzlichen Rahmenbedingungen die Stelle erfordern.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig** bei **einer Enthaltung** dem Gemeinderat, den Antrag, 2019 die Stelle Gleichstellungsbeauftragte zu schaffen, mit einem Sperrvermerk zu belegen, bis die gesetzlichen Rahmenbedingungen

die Stelle erfordern.

### **NEU Veränderung Verwaltung, Stellenplan A 12 -> A 13 hD, +8.000 €**

Der Vorsitzende klärt mit dem Gremium, dass er darüber nichtöffentlich informiere.

Frau Staubach geht hierfür von einer gesonderten Vorlage aus.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass es erst mal um den Stellenplan ginge.

### **CDU 09, 2019 Einrichtung eines „Amts für Digitalisierung“ prüfen.**

Der Vorsitzende beschreibt, dass die Gewerbesteureinnahmen der Stadt Sindelfingen nicht mit Leonberg zu vergleichen seien.

Das Gremium klärt eine Prüfung bis Juli 2019.

### **S:ALZ 08, 2019 Mitarbeiterschulung bei direktem Bürgerkontakt.**

Herr Höfer informiert, dass Mitarbeitern mit Bürgerkontakt hierfür Schulungen angeboten und wahrgenommen würden. Mit den Bürgern soll wertschätzend und achtungsvoll umgegangen werden.

Der Vorsitzende regt Leitlinien der Verwaltung an, wie diese sich nach Außen präsentieren wolle. Diese sollen von den Mitarbeitern erarbeitet werden.

Frau Staubach sieht hierfür Bedarf und schildert, dass Telefonanrufe ins Leere liefen und nicht zurückgerufen werde. Auf Briefe würde nicht geantwortet. Hier sollte es eine Richtlinie geben, wie Briefe bearbeitet werden.

Der Vorsitzende berichtet, dass eine Richtlinie erarbeitet werde, dass in der Dienstzeit keine Anrufbeantworter geschaltet werden dürfen. Telefone sollen umgeleitet werden. Bei Abwesenheit sollen die Mailkonten weitergeleitet werden. Das bedarf einer Prüfung des Datenschutzes. Auch solle die Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung geändert werden. Er bestätigt, dass auch er teilweise keine Antwort erhalte.

Frau Staubach will auch die Eigenbetriebe beim Thema aufgenommen haben. Auch für diesbezügliche Schulungen solle man Mitarbeiter außerhalb des neuen Rathauses einbeziehen.

Der Vorsitzende hat eine Klausurtagung 2019 mit den Amtsleitern verabredet. Dabei solle ein Leitbild erarbeitet werden, wie man der Bürgerschaft gegenüber trete.

### **CDU 08, 2019 Überprüfung des Soll-/Istzustands des Personals im Baubereich. Entwicklung von Vorschlägen zur Besetzung der Stellen.**

Der Vorsitzende informiert, dass hierfür ein Gutachten beauftragt ist. Im ersten Quartal wolle er dies vorstellen.

### **Antrag Verwaltung, 52100000 Bereits enthalten in Planung 38.500 €, Bauamt**

#### **SPD 12, 52100000 Bauverwaltung/Bauordnung 40000000 Personalaufwendungen 2019 -- Sperrvermerk Stelle Bauamt Baukontrolleur (Erhöhung um 50 %)**

Der Vorsitzende informiert, dass die Mitglieder des Planungsausschusses den Antrag der SPD aufhoben.

### **Antrag Verwaltung, 12200000 Ordnungswesen 40000000 Personalaufwendungen, Bereits enthalten in Planung 30.500 €, Ordnungsamt 50 % Stelle Sachbearbeitung Wafferecht**

**SPD 10, 12200000 Ordnungswesen 4000000 Personalaufwendungen 2019 --  
Sperrvermerk Stelle Ordnungsamt Waffenrecht (50 %)**

Herr Höfer weist darauf hin, dass aus Zeitmangel die Vorortkontrollen nicht wahrgenommen werden könnten.

Herr EBM Dr. Vonderheid informiert, dass in Leonberg es 450 bis 500 Waffenbesitzer gäbe, bei den die ordnungsgemäße Verwahrung der Waffen geprüft werden müsste. Seit 2012 sei dies nicht mehr erfolgt. Die Waffenkontrollen seien gebührenpflichtig für den Waffenbesitzer.

Herr Pfitzenmaier als Antragsteller zieht den Antrag der SPD zurück.

Der Vorsitzende stellt die Stelle, Ordnungsamt 50 % Stelle Sachbearbeitung Waffenrecht, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig** bei **einer Enthaltung** dem Gemeinderat die Stelle, Ordnungsamt 50 % Stelle Sachbearbeitung Waffenrecht.

**Antrag Verwaltung, Bereits enthalten in Planung 25.000 €, Ordnungsamt 50 % Stelle  
Die Anschluss- und Obdachlosenunterbringung erfordert eine Erhöhung des  
Stellenanteils**

Ohne Wortmeldung stellt der Vorsitzende den Antrag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** dem Gemeinderat, die Stelle Ordnungsamt 50 % Stelle für die Anschluss- und Obdachlosenunterbringung.

**CDU 33, 12210000 Verkehrswesen 4000000 Personalaufwendungen + Stellenplan 1  
Stelle EG 9a, 2019 +60.000 € +40.000 €, Schaffung einer weiteren Stelle für den  
Vollzugsdienst für den Außenbereich und den Einsatz am Wochenende und abends.**

Der Vorsitzende stellt die Stellen, 1 Stelle EG 9a, 2019 +60.000 € +40.000 €, Schaffung einer weiteren Stelle für den Vollzugsdienst für den Außenbereich und den Einsatz am Wochenende und abends, zur Abstimmung.

Herr Pfitzenmaier will Auskunft, wie die übrigen Mitarbeiter des Vollzugsdienstes mit dem ähnlichen Aufgabenfeld zeitlich arbeiten.

Herr Höfer beschreibt die Einsätze, z.B. für Märkte, die zur flexiblen Arbeitszeit dazu kämen. Ein Schichtplan einschließlich Samstag und Sonntag wird mit dem Personalrat verhandelt.

Herr Pfitzenmaier hinterfragt die Arbeitszeit der bisherigen Mitarbeiter.

Herr Höfer verweist darauf, dass das in den Stellenausschreibungen und Arbeitsverträgen Regelungen enthalten seien, dass ein Schichtplan eingeführt werden solle.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Problem sei, dass man von der geübten Praxis abweichen wolle.

Herr Dr. Röckle wird dem Antrag nicht zustimmen. Das Anliegen sei berechtigt. Für weitere Stellen sei im Ordnungsamt kein Platz. Daraus entstehende Folgekosten könnten nicht durch Mehreinnahmen deckt werden.

Frau Staubach sieht mit einem Schichtplan keine Probleme mit den Arbeitsplätzen. Schreibtische könnten sich Mitarbeiter teilen.

Herr Pfitzenmaier erachtet es als schwierig, wenn nur neue Mitarbeiter im Schichtdienst arbeiten müssten.

Der Vorsitzende erklärt, dass man an einer einvernehmlichen Lösung arbeiten würde.

Frau Widmaier lehnt den Antrag ab. 1:46

Der Vorsitzende macht den Vorschlag, die Stellen mit Sperrvermerk ohne Finanzierung einzustellen. Erst müsste ein Schichtplan mit den vorhandenen Mitarbeiter vorliegen und ein Bericht gegeben werden.

Herr Dr. Röckle sieht keinen Sinn in Stellen ohne Finanzierung. Es solle gesehen werden, wie es dieses Jahr laufe.

Frau Staubach könne sich dem Vorschlag anschließen.

Der Vorsitzende stellt den Vorschlag, die Stelle für den Außenbereich mit dem Einsatz am Wochenende und abends, versehen mit einem Sperrvermerk, unter der Voraussetzung eines Schichtplanes und einem Bericht für den Gemeinderat zur Jahresmitte wie sich die Sache entwickelt, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **l e h n e n mehrheitlich ohne Ja-Stimme, mit 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen**, die Stelle für den Außenbereich mit dem Einsatz am Wochenende und abends, versehen mit einem Sperrvermerk, unter der Voraussetzung eines Schichtplanes und einem Bericht für den Gemeinderat zur Jahresmitte wie sich die Sache entwickelt, **ab**.

#### **Antrag Verwaltung, 2019 Bereits enthalten in Planung 28.000 €, KESS - Archiv Verlängerung der 50 % Aushilfsstelle um ein weiteres Jahr befristet**

Herr EBM Dr. Vonderheid erklärt, dass im Sozial- und Kultusausschuss nur die Stellen behandelt wurden, für die Anträge aus den Fraktionen, Gruppierung oder Ortschaftsräten gestellt wurden. Somit gibt es kein Abstimmungsergebnis aus dem Sozial- und Kultusausschuss.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Finanz- und Verwaltungsausschuss originär für Stellenerweiterungen zuständig sei.

Frau Widmaier bezeichnet sich verwirrt, da auch in den Ausschüssen, der Tagesordnungspunkt Stellenplan auf der Tagesordnung stand.

Herr EBM Dr. Vonderheid berichtet, dass bisher in den Ausschüssen über die Anträge zum Haushaltplan der Fraktionen beraten wurde. Es wurde nicht über jede Haushaltsposition abgestimmt, auch wenn sie z.B. zum Sozial- und Kultusausschuss gehörte. Die Anträge der Verwaltung lagen schon vor den Haushaltsreden vor. Da hierzu kein Antrag gestellt wurde, gehe man davon aus, dass kein abweichender Beratungsbedarf besteht.

Herr Zander sieht bei den Akten und dem Archiv keine Gefahr im Verzug zu sein, deshalb könne man die Stelle sparen.

Der Vorsitzende verweist auf die Begründung. Durch den Rathausumzug sei viel offengelegt, was noch geordnet werden müsse.

Herr Zander nennt es eine einmalige vorübergehende Tätigkeit.

Das Gremium klärt, dass es um eine Verlängerung um ein Jahr gehe.

Der Vorsitzende stellt die Stelle, KESS - Archiv Verlängerung der 50 % Aushilfsstelle um ein weiteres Jahr befristet, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **e m p f e h l e n mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und ohne Enthaltung** die Stelle, KESS - Archiv Verlängerung der 50 % Aushilfsstelle um ein weiteres Jahr befristet, dem Gemeinderat.

**Vorab Frau Heyder**

**Antrag Verwaltung, 28100001 Städtepartnerschaften, Bereits enthalten in Planung**

## **38.000 Euro, KESS - Städtepartnerschaften/Kultur**

**CDU 34 28100001 Städtepartnerschaften 4000000 Personalaufwendungen Stellenplan -0,5 Stelle EG 9a, 2019 ff, -38.000 Interne Umschichtung von Stellen im Bereich Städtepartnerschaften / Kulturveranstaltungen.**

**SPD 11, 28100001 Städtepartnerschaften 4000000 Personalaufwendungen, 2019 -- Sperrvermerk Stelle KESS Städtepartnerschaften und Kulturveranstaltungen (50 %)**

Herr Höfer informiert, dass im Sozial- und Kultusausschuss der Antrag SPD 11 mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen abgelehnt wurde. Der Antrag der CDU wurde zurückgezogen.

Herr Pfitzenmaier frage sich, ob man diese halbe Stelle dringend brauche. Städtepartnerschaften und Ausstellungen müsste nicht ausgebaut werden. Er beantragt die Streichung.

Frau Staubach vermisst einen Stellplan mit Namen. Die Stelle sei künftig wegfallen (KW), was nicht vermerkt sei. Nach einer erneuten Beratung fordert sie dass das Thema zurückgestellt wird. Wenn stimme sie nur für eine 50 Prozent-Stelle im Zuge der Beratung zur Stadthalle, Theater im Spitalhof und i-Punkt. Das KW hätte man dem Gremium unterschlagen.

Der Vorsitzende verweist auf den Datenschutz.

Das Gremium bespricht den Abstimmungsverlauf.

Herr Höfer ist wegen des **KW-Vermerks** überrascht, er wird ihn prüfen lassen und im Gemeinderat berichten.

Der Vorsitzende stellt eine Aufstockung um 0,5 Stellenanteil, den Antrag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **l e h n e n mehrheitlich mit keiner Ja-Stimme, Nein-Stimmen und einer Enthaltungen** KESS - Städtepartnerschaften/Kultur, eine Aufstockung um 0,5 Stellenanteil, **ab**.

### **Antrag Verwaltung, kostenneutral JFS sozialer Dienst 50 % Stelle Flüchtlingsbeauftragte**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, kostenneutral JFS sozialer Dienst 50 % Stelle Flüchtlingsbeauftragte, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **e m p f e h l e n einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, kostenneutral JFS sozialer Dienst 50 % Stelle Flüchtlingsbeauftragte, dem Gemeinderat:

### **Antrag Verwaltung, Bereits enthalten in Planung 3 x 50.000 €, Schaffung von 3 weiteren Vollzeitstellen in der Schulkindbetreuung**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, Schaffung von 3 weiteren Vollzeitstellen in der Schulkindbetreuung zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **e m p f e h l e n einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, Schaffung von 3 weiteren Vollzeitstellen in der Schulkindbetreuung dem Gemeinderat:

Antrag Verwaltung, Bereits enthalten in Planung 2 x 50.000 €, Schaffung von 2 weiteren Vollzeitstellen als Springer/innen in der Kinderbetreuung

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, Schaffung von 2 weiteren Vollzeitstellen als Springer/innen in der Kinderbetreuung, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, Schaffung von 2 weiteren Vollzeitstellen als Springer/innen in der Kinderbetreuung dem Gemeinderat:

**Antrag Verwaltung, Bereits enthalten in Planung 4 x 10.000 €, Schaffung von weiteren Stellen des freiwilligen sozialen Jahres (FSJ)**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, Schaffung von weiteren Stellen des freiwilligen sozialen Jahres (FSJ), zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, Schaffung von weiteren Stellen des freiwilligen sozialen Jahres (FSJ), dem Gemeinderat:

**NEU Antrag Verwaltung, 36500212 Stellenplan + 2,5 Stellen S 08a, Stelle pro Jahr ca. 55.000 € Ab 2020 insg. + 137.500 € 2019 insg. + 112.500 €, Kinderhaus Kunterbunt**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, 2,5 Stellen für Kinderhaus Kunterbunt, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, 2,5 Stellen für Kinderhaus Kunterbunt, dem Gemeinderat:

**NEU Antrag Verwaltung, 36500012 Stellenplan + 2 Stellen S 08a, Stelle pro Jahr ca. 55.000 € Ab 2020 jährlich insg. + 110.000 € 2019 insg. 90.000 €, Interims KiTa Eltingen**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, 2 Stellen Interims KiTa Eltingen, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, 2 Stellen Interims KiTa Eltingen, dem Gemeinderat.

**NEU Antrag Verwaltung 36500013 Stellenplan + 8,5 Stellen S 08a, Stelle pro Jahr ca. 55.000 € Ab 2020 + 467.500 € 2019 Insg. +310.000 €, Interimskita Diestelfeldstraße**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, 8,5 Stellen, Interimskita Diestelfeldstraße, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, Interimskita Diestelfeldstraße, dem Gemeinderat.

**NEU Antrag Verwaltung, 36500212 Stellenplan Teil D + PIA Kinderhaus Kunterbunt, Stelle pro Jahr ca. 20.000 € Ab 2020 ff 2019 ab 1.09. 6.600 €, Kinderhaus Kunterbunt**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, PIA Kinderhaus Kunterbunt, Stelle pro Jahr ca. 20.000 € Ab 2020 ff 2019 ab 1.09. 6.600 €, Kinderhaus Kunterbunt, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, PIA Kinderhaus Kunterbunt, Stelle pro Jahr ca. 20.000 € Ab 2020 ff 2019 ab 1.09. 6.600 €, Kinderhaus Kunterbunt, dem Gemeinderat.

**NEU Antrag Verwaltung, 365000012 Stellenplan Teil D + PIA Interimskita Eltingen, Stelle pro Jahr ca. 20.000 € ab 2020 ff 2019 ab 1.09. 6.600 €, Interimskita Eltingen**

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, PIA Interimskita Eltingen, Stelle pro Jahr ca. 20.000 € ab 2020 ff 2019 ab 1.09. 6.600 €, Interimskita Eltingen, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, PIA Interimskita Eltingen, Stelle pro Jahr ca. 20.000 € ab 2020 ff 2019 ab 1.09. 6.600 €, Interimskita Eltingen dem Gemeinderat.

**NEU Antrag Verwaltung, 11210000 Stellenplan + 0,3 Stelle EG 9b, + 18.000 € Hauptamt – Personalabteilung**

Herr Höfer begründet den Antrag und informiert, dass die Interimskitas zu Stellenmehrungen beim Gebäudemanagement (GM) führen werde.

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, 0,3 Stelle EG 9b, + 18.000 € Hauptamt – Personalabteilung, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig ohne Enthaltung** den Antrag, 0,3 Stelle EG 9b, + 18.000 € Hauptamt – Personalabteilung, dem Gemeinderat.

**FW 28, ALLE 4000000 Personalaufwendungen, 2020 2021 2022. Betrag Überprüfung der Personalkosten in der mittelfristigen Finanzplanung. Die Kostensteigerung hat von 2017 bis 2019 15% betragen und ist für den Zeitraum 20202022 mit 6 %eingeplant. Es wird bereits vor dem Hintergrund weiterer Kindertageseinrichtungen mehr Personal benötigt.**

Herr Dr. Röckle sagt, dass die Stellungnahme der Verwaltung überzeugen würde.

**NEU Antrag Verwaltung, 11241000 Stellenplan + 1 Stelle EG 11, +65.000 € Zusätzliche Stelle Gebäudemanagement**

Herr Höfer informiert, dass im Planungsausschuss die zusätzliche Stelle für das Gebäudemanagement einstimmig dem Gemeinderat empfohlen wurde.

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, zusätzliche Stelle Gebäudemanagement, zur

Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen mehrheitlich** bei **einer Gegenstimme** den Antrag, zusätzliche Stelle Gebäudemanagement, dem Gemeinderat.

**Antrag Verwaltung, 5110000 Bereits enthalten in Planung 35.000 €, Planungsamt Schaffung einer 50% Verwaltungsstelle im gehobenen Dienst**

Herr Höfer informiert, dass im Planungsausschuss die Stelle für das Planungsamt einstimmig dem Gemeinderat empfohlen wurde.

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, Planungsamt Schaffung einer 50% Verwaltungsstelle im gehobenen Dienst, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen mehrheitlich** bei **einer Gegenstimme** und **eine Enthaltung** den Antrag, Planungsamt Schaffung einer 50% Verwaltungsstelle im gehobenen Dienst, dem Gemeinderat.

2:08

**Antrag Verwaltung, 5380002 Bereits enthalten in Planung: Meister 79.000 € Techniker 0,5 36.000 € Labor 0,5 23.500 € AFK 62.300 €, Tiefbauamt – Abwasserbetrieb**

Der Vorsitzende rät, wie im Planungsausschuss zu beschließen. Der Posten wird mit Sperrvermerk kennzeichnen. Der Sachverhalt soll mit dem Hintergrund der Organisationsuntersuchung dargestellt werden.

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Posten wird mit Sperrvermerk kennzeichnen. Der Sachverhalt soll mit dem Hintergrund der Organisationsuntersuchung dargestellt werden, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen mehrheitlich** bei **einer Gegenstimme** und **eine Enthaltung** den Antrag, Der Posten wird mit Sperrvermerk kennzeichnen. Der Sachverhalt soll mit dem Hintergrund der Organisationsuntersuchung dargestellt werden, dem Gemeinderat.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der Maßgabe der einzelnen jeweiligen Beschlüsse der Ausschüsse zu den Personalausgaben, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses **empfehlen einstimmig** bei **einer Enthaltung** dem Gemeinderat:

1 bis 3 rein.

Herr Wankmüller regt an, künftig im doppischen Haushalt mit Zielen zu arbeiten. Auch sollte angegeben werden, wie viel Beschäftigte in den verschiedenen Bereichen arbeiten und welche Kosten pro Beschäftigten auf Vollzeitstellen bezogen entstanden.

Der Vorsitzende nimmt die Anregung auf.

Die Mitglieder des Finanz- und Verwaltungshaushalt haben Kenntnis genommen.

**18.12.2018**  
**SI/2018/152**

**Gemeinderat**  
**Sitzung des Gemeinderates**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr EBM Dr. Vonderheid erklärt, dass am Ende der Debatte ein Beschluss über die Vorlage 2018/206-004, Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und des Haushaltsplans, Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs Stadtwerke Leonberg und des Eigenbetriebs Stadthalle Leonberg, als Zusammenfassung erfolgen solle. Was in der Debatte heute geschlossen werde, würde Untermenge des Gesamtbeschlusses.

Herr Pfitzenmaier regt an, dass über die Beschlussfassung aus dem Finanz- und Verwaltungsausschuss beschlossen wird.

Herr Höfer weist auf die am Montag, 17.12.2018, 8:56 Uhr, vermailte Zusammenfassung der Beschlüsse über die Stellen aus dem Sozial- und Kultusausschuss, dem Planungsausschuss und dem Finanz- und Verwaltungsausschuss hin.

Herr Werbke nennt es unzumutbar, dass die Unterlagen von den Räten zusammengebastelt werden müssten oder dass heute 7 Stunden vor der Sitzung die letzte Zusammenfassung zum Haushaltsplan versandt wurde. Ein solches sei für Berufstätige nicht leistbar.

Der Vorsitzende bittet um Nachsicht bei den 150 Änderungen, die in kurzer Zeit von den Mitarbeitern bearbeitet werden mussten. Er lobt die Kämmerei und die Fachämter, was sie hier geleistet. Auch könne er Herrn Werbke verstehen. Wenn das Gremium sich nicht in der Lage fühle, über die für den Haushalt notwendigen Beschlüsse zu entscheiden, werde der Haushalt heute nicht beschlossen.

Herr Werbke sagt, dass er dem Vorschlag von Herrn Pfitzenmaier, pauschal der Empfehlung des Finanz- und Verwaltungsausschusses zu folgen, nicht zustimmen könne.

Frau Hutter meint, dass sie bei der Fülle an Anträge keinen weiteren gestellt habe. Aber der Vorsitzende habe zu Beginn seiner Amtsperiode zugesagt, dass rechtzeitig Unterlagen übermittelt werden. Kurzfristig sehe sie sich nicht in der Lage ihre Aufgabe ordentlich zu machen und über die Vorlage abzustimmen. Aus diesem Grund könne sie dem Haushalt nicht zustimmen.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass zu den Ausschüssen rechtzeitig eingeladen wurde. Der Gemeinderat würde den Empfehlungen der Fachausschüsse folgen. Problematisch sei, wenn Gruppierungen nicht in allen Ausschüssen vertreten seien. Der Finanz- und Verwaltungsausschuss als zuständiger Ausschuss sei alle geplanten Stellen durchgegangen. Er bittet, dass Anträge aus dem Gemeinderat gestellt werden.

Herr Werbke weist daraufhin, dass im Sozial- und Kulturausschuss diskutiert wurde, dass die 50-prozentige Aufstockung bei der Pressearbeit ablehnet werde und stattdessen, eine 100-Prozentstelle geschaffen werde, um digitalen Support an den Schulen zu leisten. Die Arbeit von Frau Schur solle nicht konterkariert werden. Die Schulleitungen hätten im Schulbeirat sich beschwert, dass die Hard- und Software, die seit Wochen an ihren Schulen vorhanden seien, nicht genutzt werden könne, da praktische Unterstützung fehle. Aus diesem Grunde fordere er eine 100-Prozentstelle, die die Digitalisierung in den Schulen umsetze.

Der Vorsitzende stellt fest, dass in den Ausschüssen unterschiedlich beschlossen wurde. Das für das Personal zuständige Gremium habe den Antrag abgelehnt.

Herr Werbke wendet ein, dass der Sozial- und Kultusausschuss über Stellen nicht beraten müsse, wenn der Beschluss des Finanz- und Verwaltungsausschuss höherwertig sei. Der Gemeinderat solle über die konkurrierenden Beschlüsse befinden.

Herr Albrecht erinnert an seine Darstellung zu zwei Boards in der Sophie-Scholl-Schule. Anstatt seines Antrages von zwei befristeten Stellen würde er sich dem Antrag von Herrn

Werbke anschließen. Der Einsatz von externen Dienstleistern würde nicht helfen.

Der Vorsitzenden weist auf den Inhalt des Tagesordnungspunkts hin.

Der Vorsitzende formuliert den Antrag von Herrn Werbke, eine Stelle für die Digitalisierung an Schulen zu schaffen.

Herr Dr. Murschel wirft ein, dass es der Antrag von Herrn Werbke gewesen sei, für die Stelle der Digitalisierung an Schulen, die Aufstockung bei der Pressestelle zu streichen.

Der Vorsitzende sieht den von ihm formulierten Antrag im Raum stehen und über das Thema Pressestelle sei entschieden worden. Das Gremium sei frei in der Formulierung.

Der Vorsitzende bezieht sich auf den Antrag Grüne 01, 11300000 Presse und Öffentlichkeitsarbeit 11200010 Informations- und Kommunikationstechnik 40000000 Personalaufwendungen, 2019 ff, Wird im Rahmen der Vorlage nachgereicht. Personal/Stabstellen/Hauptamt: Statt der für den Teilhaushalt 01 vorgesehenen 50%-Personalstelle für die Sachbearbeitung in der Pressestelle wird eine 100%-Stelle für den Bereich IuK mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung der Schulen“ geschaffen.

Herr Werbke fordert eine 100-Prozentstelle für die Digitalisierung an Schulen. Wie diese geschaffen werde, sei ihm egal.

Der Vorsitzende will über den neuen Antrag abstimmen lassen.

Der Vorsitzende stellt den neuen Antrag von Herrn Werbke, eine 100-Prozent-Stelle für die Digitalisierung an Schulen zu installieren, zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Gemeinderates **l e h n e n mehrheitlich bei 6 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen**, den Antrag von Herrn Werbke, eine 100-Prozent-Stelle für die Digitalisierung an Schulen zu installieren, **ab**.

Da es unterschiedliche Beschlüsse aus den Ausschüssen gäbe, schlägt der Vorsitzende den Antrag Grüne 01 zur Abstimmung vor.

Das Gremium lehnt eine Abstimmung über den Antrag Grüne 01 ab.

Der Vorsitzende fordert auf, Anträgen aus dem Gremium zu stellen.

Es werden keine weiteren Anträge gestellt.

Der Vorsitzende stellt die Kenntnisnahme und den Beschlussvorschlag der Verwaltung auf der Grundlage der Beschlüsse hierzu aus dem Finanz- und Verwaltungsausschuss zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Gemeinderates **b e s c h l i e ß e n mehrheitlich mit 8 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen**:

1. Dem Stellenplan 2019 und den voraussichtlichen Personalkosten wird zugestimmt. Die Stellenübersichten (Teile A bis D) werden Bestandteil des Haushaltsplanes 2019

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Mitglieder des Gemeinderates von der Vorlage 2018/200-001 Personalausgaben und Stellenplan 2019 Kenntnis genommen haben.

Der Vorsitzende stellt Punkt 3 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Gemeinderates **b e s c h l i e ß e n mehrheitlich mit 7 Gegenstimmen und 11 Enthaltung**:

2. Den dargestellten Maßnahmen zur Sicherung des qualifizierten Personalbestandes wird zugestimmt.

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Vorlage 2018/200-001 aus dem Finanz- und Verwaltungsausschuss wurde Folgendes beschlossen:

1. Dem Stellenplan 2019 und den voraussichtlichen Personalkosten wird zugestimmt. Die Stellenübersichten (Teile A bis D) werden Bestandteil des Haushaltsplanes 2019.
2. Die Strukturdaten des Personalbestandes Stand 31.08.2018 werden zur Kenntnis genommen.
3. Den dargestellten Maßnahmen zur Sicherung des qualifizierten Personalbestandes wird zugestimmt.

Die Mitglieder des Gemeinderates **b e s c h l i e ß e n mehrheitlich**: